



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
WIEN



Habilitationsverfahren

Habilitationsverfahren

Beschluss des Rektorates vom 09.10.2018

Beschluss des Senates vom 15.10.2018

Verlautbarung im Mitteilungsblatt Nr. 24/2018

INHALT

§ 1 Habilitation	1
§ 2 Voraussetzungen	1
§ 3 Antrag	1
§ 4 Beilagen	2
§ 5 Überprüfung der formalen Voraussetzungen, insbesondere der Zuständigkeit	3
§ 6 Bestellung von Gutachter_innen	3
§ 7 Habitationskommission	4
§ 8 Verfahren der Habitationskommission	5
§ 9 Überprüfung der wissenschaftlichen Qualifikation	5
§ 10 Überprüfung der didaktischen Fähigkeiten	6
§ 11 Entscheidung der Habitationskommission	6
§ 12 Erteilung der Lehrbefugnis	6
§ 13 Übergangsbestimmungen	7

§ 1 HABILITATION

Habilitation ist das Verfahren zur Erlangung der Lehrbefugnis (venia docendi), mit welcher das Recht verbunden ist, die wissenschaftliche oder künstlerische Lehre an der Universität, welche die Lehrbefugnis verliehen hat, mittels deren Einrichtungen nach Maßgabe von deren Verfügbarkeit frei auszuüben sowie wissenschaftliche Arbeiten zu betreuen und zu beurteilen. Das Rektorat kann gemäß § 103 Abs. 1 UG i.d.g.F. die Lehrbefugnis für ein ganzes wissenschaftliches oder künstlerisches Fach erteilen, welches in den Wirkungsbereich der Universität fällt.

§ 2 VORAUSSETZUNGEN

- (1) Laut § 103 Abs 2 UG ist die Voraussetzung für die Erteilung der Lehrbefugnis der Nachweis einer hervorragenden wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifikation und der mehrmaligen Lehrtätigkeit an anerkannten postsekundären Bildungseinrichtungen zum Nachweis der didaktischen Fähigkeiten der Bewerber_in.

Vor der Antragsstellung ist vom_von der Habilitationswerber_in das Habilitationsvorhaben im Rahmen einer Präsentation vor Vertreter_innen der Fakultät vorzustellen.

Der Nachweis einer hervorragenden wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifikation erfolgt in Form einer Habilitationsschrift und sonstiger wissenschaftlicher Publikationen und deren erfolgreicher Verteidigung im Rahmen eines wissenschaftlichen Vortrags mit anschließendem Hearing.

Der Nachweis der didaktischen Qualifikation des_der Bewerber_in erfolgt über die erbrachte Lehrtätigkeit und in Form einer Probevorlesung zu einem von der Habilitationskommission festzulegendem Thema.

Bei interfakultären Habilitationsverfahren wird der Prozess über das Rektorat gesteuert.

- (2) Das Habilitationsverfahren entsprechend den nachfolgenden Bestimmungen dient dazu, den Nachweis der Voraussetzungen für die Erteilung der Lehrbefugnis zu überprüfen.

§ 3 ANTRAG

Der Antrag auf Erteilung der Lehrbefugnis ist an das Rektorat zu richten und im zuständigen Dekanat einzureichen. Er muss

- a. die Bezeichnung des Faches, für welches die Lehrbefugnis angestrebt wird, und
- b. die Bezeichnung der Fakultät, der das Habilitationsverfahren zuzuordnen ist, enthalten.

§ 4 BEILAGEN

Gemeinsam mit dem Antrag sind die folgenden Beilagen einzureichen:

a. Habilitationsschrift

Diese muss

1. methodisch einwandfrei durchgeführt sein,
2. neue wissenschaftliche Ergebnisse enthalten und
3. die wissenschaftliche Beherrschung des Habitationsfaches und die Fähigkeit zu seiner Förderung beweisen.

Als Habilitationsschrift gelten auch mehrere im thematischen Zusammenhang stehende wissenschaftliche Publikationen. In diesem Fall hat der_ die Antragsteller_in im Antrag genau zu bestimmen, welche der wissenschaftlichen Arbeiten die Habilitationsschrift und welche die sonstigen wissenschaftlichen Arbeiten darstellen. Der thematische Zusammenhang ist schriftlich zu begründen. Weisen wissenschaftliche Arbeiten neben dem_ der Antragsteller_in noch weitere Autor_innen auf, so ist dem Antrag von dem_ der Antragsteller_in eine Erklärung über die Art seines_ ihres Beitrages zu diesen Veröffentlichungen beizufügen. Die Habilitationsschrift selbst bzw. die zur Habilitationsschrift zusammengefassten wissenschaftlichen Publikationen müssen bereits bei einem wissenschaftlichen Verlag erschienen oder zur Veröffentlichung angenommen sein. Die Habilitationsschrift ist in fünffacher Ausfertigung einzureichen.

b. Sonstige wissenschaftliche Arbeiten

Die sonstigen von der Antragstellerin oder vom Antragsteller eingereichten wissenschaftlichen Arbeiten sind ebenfalls in fünffacher Ausfertigung vorzulegen.

c. Lebenslauf

d. Nachweis über den Abschluss eines Doktoratsstudiums oder einer gleichzuhaltenden wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifikation

e. Publikationsliste

f. Darstellung der bisher ausgeübten wissenschaftlichen/künstlerischen Tätigkeit und Tätigkeit in der Lehre

g. Vorschlag für drei Themen für die Probevorlesung aus den Grundlagen des Fachgebiets, für das die Lehrbefugnis angestrebt wird

§ 5 ÜBERPRÜFUNG DER FORMALEN VORAUSSETZUNGEN, INSBESONDERE DER ZUSTÄNDIGKEIT

Der_Die zuständige Mitarbeiter_in des Dekanats überprüft die eingereichten Unterlagen gemäß den gesetzlichen Vorgaben und den Richtlinien für das Habitationsverfahren auf Vollständigkeit und schreibt die Gebühren vor. Die Entscheidung, ob die beantragte Lehrbefugnis in den Wirkungsbereich der Universität fällt trifft der_die Rektor_in nach Einholung einer Stellungnahme des_der Dekan_in, bzw der Dekane dessen_derer Fakultät bzw. Fakultäten fachlich betroffen sind. Ist die Stellungnahme des_der Dekan_in bzw. der Dekane negativ, so kann der_die Rektor_in zusätzlich Stellungnahmen der betroffenen Fakultätsräte einholen. Allfällige Stellungnahmen der Fakultätsräte sind von den Vorsitzenden der Fakultätsräte an den_die Rektor_in zu übermitteln.

§ 6 BESTELLUNG VON GUTACHTER_INNEN

- (1) Die Universitätsprofessor_innen des Senats haben auf Vorschlag der Universitätsprofessor_innen der fachlich nahestehenden Bereiche mindestens zwei nach internationalen Standards ausgewiesene Vertreter_innen des angestrebten Habitationsfaches als Gutachter_innen über die vorgelegten wissenschaftlichen oder künstlerischen Arbeiten zu bestellen, davon mindestens eine_n externe Gutachter_in. Sie können diese Aufgabe auch an die Universitätsprofessor_innen des der fachlich nahe stehenden Bereiche übertragen. Bei der Auswahl der Gutachter_innen ist auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten. Externe Gutachter_innen dürfen keine Universitätsangehörigen der TU Wien gemäß § 94 UG sein, die in einem aktiven Arbeitsverhältnis zur TU Wien stehen.
- (2) Zu Gutachter_innen gemäß § 6 Abs.1 können auch Mitglieder der Habitationskommission nach Maßgabe von § 7 bestellt werden. Der Vorschlag zur Bestellung als Gutachter_in ist in diesem Fall von den Universitätsprofessor_innen der Fakultät besonders zu begründen. Folgen die Universitätsprofessor_innen des Senats diesem Vorschlag begründet nicht, sind andere Gutachter_innen ohne Mitgliedschaft in der Habitationskommission vorzuschlagen.
- (3) Dem_Der Antragsteller_in bleibt es unbenommen, fristgerecht weitere Gutachten über seine_ihre wissenschaftliche Qualifikation vorzulegen.
- (4) Die Gutachter_innen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- (5) Die Gutachter_innen haben eine Befangenheit gemäß des Satzungsteils „Kriterien zum Ausschluss von Befangenheiten Teil 2“ zu überprüfen und sind dazu verpflichtet, der Habitationskommission jede Befangenheit oder Abhängigkeit unverzüglich anzuzeigen.

§ 7 HABILITATIONSKOMMISSION

- (1) Der Senat hat ehestmöglich eine entscheidungsbefugte Habitationskommission mit folgender Parität einzusetzen:
 - fünf Mitglieder aus der Gruppe der Universitätsprofessor_innen,
 - zwei Mitglieder aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen im Forschungs-, Kunst- und Lehrbetrieb, die zumindest ein fachlich einschlägiges abgeschlossenes Diplom- oder Masterstudium oder Äquivalent nachweisen können und zwei Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden.
- (2) Mitglieder und Ersatzmitglieder der Habitationskommission werden durch die Vertreter_innen der jeweiligen Gruppe von Universitätsangehörigen im Senat auf Vorschlag bzw. nach Anhörung der jeweiligen Personengruppe der zuständigen Fakultät entsendet. Mindestens ein wissenschaftlich nach internationalen Standards facheinschlägig ausgewiesenes Mitglied der Habitationskommission aus der Personengruppe der Universitätsprofessor_innen muss TUW-extern sein. Die Personengruppe der Universitätsdozent_innen und wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter_innen im Forschungs-, Kunst- und Lehrbetrieb können ebenfalls universitätsexterne fachlich einschlägig ausgewiesene Mitglieder entsenden. Die Vertreter_innen der Studierenden sind vom zuständigen Organ der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der TU Wien zu entsenden.
- (3) Bei der Beschlussfassung über die Einsetzung der Kommission ist (neben den sonstigen Beschlusserfordernissen) eine Mehrheit der anwesenden Universitätsprofessor_innen einschließlich der sonstigen Mitglieder des Senats mit *venia docendi* erforderlich.
- (4) Die Funktion eines_einer Studiendekan_in ist mit der Mitgliedschaft in einer Habitationskommission unvereinbar. Studiendekan_innen können daher nicht als Mitglieder in Habitationskommissionen entsendet werden bzw. scheiden als Mitglieder einer Habitationskommission mit ihrer Bestellung durch das Rektorat (§ 20 Abs. 5 UG) aus der Kommission aus.
- (5) Für die Mitglieder der Habitationskommission kommt der Satzungsteil „Kriterien zum Ausschluss von Befangenheiten Teil 2“ zur Anwendung. Personen, auf die in diesem Satzungsteil angeführte Ausschlusskriterien zutreffen, gelten als befangen und sind nicht in Habitationskommissionen zu entsenden bzw. scheiden mit dem Bekanntwerden des Vorliegens eines ausschließenden Befangenheitsgrundes aus der Habitationskommission aus.

§ 8 VERFAHREN DER HABILITATIONSKOMMISSION

- (1) Die konstituierende Sitzung der Habitationskommission ist vom an Lebensjahren ältesten Kommissionsmitglied aus der Gruppe der Universitätsprofessor_innen der Technischen Universität Wien einzuberufen und bis zur Wahl eines_r Vorsitzenden zu leiten. Der_Die Vorsitzende der Habitationskommission ist mit einfacher Mehrheit zu wählen. In weiterer Folge sind die Bestimmungen der Geschäftsordnung für Kollegialorgane i.d.g.F. anzuwenden.
- (2) Der_die für das Fach zuständige Studiendekan_in ist als Auskunftsperson zu den Sitzungen der Habitationskommissionen einzuladen.
- (3) Die Habitationskommission fragt standardmäßig Befangenheiten und Abhängigkeiten bei der konstituierenden Sitzung und bei der Bestellung der Gutachter_innen ab. Gemeldete Befangenheiten und der Umgang mit ihnen sind jedenfalls im Protokoll zu dokumentieren
- (4) Die organisatorische Abwicklung des Habitationsverfahrens inklusive der Abfassung des Verleihungsbescheides obliegt dem zuständigen Dekanat.

§ 9 ÜBERPRÜFUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN QUALIFIKATION

- (1) Der_Die Vorsitzende der Habitationskommission hat die Gutachter_innen mit der Erstellung von Gutachten über die Habitationsschrift gemäß § 4 sowie die sonstigen vorgelegten wissenschaftlichen Arbeiten zu beauftragen. Für das Erstellen der Gutachten ist eine Frist von höchstens drei Monaten zu setzen.
- (2) Werden gemäß § 6 Abs. 1 dieser Satzung 2 oder mehr Gutachten eingefordert und liegen nach Ablauf der gesetzten Frist 2 Gutachten vor, entscheidet die Habitationskommission auf Grundlage der vorliegenden Gutachten, andernfalls kann die Habitationskommission die Frist um einen Monat verlängern; nach Ablauf dieser Frist entscheidet die Habitationskommission auf Grundlage der vorliegenden gemäß § 6 Abs. 1 bestellten Gutachten. Liegt kein gemäß § 6 Abs. 1 bestelltes Gutachten vor, müssen neue Gutachter bestellt werden.
- (3) Nach Vorlage der erforderlichen Gutachten hat der_die Vorsitzende der Habitationskommission die Kommissionsmitglieder, die Universitätsprofessor_innen der zuständigen Fakultät sowie den_die Antragsteller_in von der Möglichkeit zu verständigen, innerhalb einer Frist von vier Wochen in die anonymisierten Gutachten Einsicht zu nehmen und Stellungnahmen zu den Gutachten abzugeben. Die Kommissionsmitglieder haben Einsicht in alle eingegangenen Unterlagen.

- (4) Nach Einholung der Gutachten und Stellungnahmen ist eine öffentlich zugängliche Defensio der Habilitationsschrift abzuhalten

§ 10 ÜBERPRÜFUNG DER DIDAKTISCHEN FÄHIGKEITEN

- (1) Zur Prüfung der didaktischen Fähigkeiten wird neben der Bewertung der bisher erbrachten Lehrtätigkeit eine Probevorlesung durchgeführt, bei der der_ die Antragsteller_in zeigen muss, dass er_sie in der Lage ist, wissenschaftliche Probleme und Gedankengänge didaktisch verständlich und ansprechend darzustellen. Die Kommissionsmitglieder der Studierenden erstellen auf Basis der vorliegenden Unterlagen zur Lehrtätigkeit einschließlich der Lehrveranstaltungsevaluierungen sowie ihres Eindrucks aus der Probevorlesung ein Gutachten, welches spätestens in der Abschlusssitzung der Habitationskommission vorgelegt wird.
- (2) Die_ Der Vorsitzende der Habitationskommission lädt zur Probevorlesung ein und gibt den Termin öffentlich bekannt.
- (3) An der Probevorlesung, müssen mindestens 5 der Mitglieder der Habitationskommission teilnehmen, davon mindestens ein_e Vertreter_in der Studierenden.

§ 11 ENTSCHEIDUNG DER HABILITATIONSKOMMISSION

- (1) Die Habitationskommission hat jeweils mit gesondertem Beschluss zu entscheiden, ob der_ die Antragsteller_in den Nachweis der hervorragenden wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifikation für das ganze Fach sowie der didaktischen Fähigkeiten erbracht hat.
- (2) Die Habitationskommission kann in begründeten Fällen eine einmalige Wiederholung der Probevorlesung über ein anderes Thema beschließen. Wird diese erneut negativ bewertet, so ist das Verfahren negativ abgeschlossen.
- (3) Beide Entscheidungen werden auf Grundlage der vorliegenden Gutachten und Stellungnahmen (inklusive der Stellungnahmen der Universitätsprofessor_innen der zuständigen Fakultät), unter Berücksichtigung der Ergebnisse der unter § 9 Abs. 4 beschriebenen Defensio der Habilitationsschrift und der Bewertung der gemäß § 10 Abs. 1-3 durchgeführten Probevorlesung getroffen.

§ 12 ERTEILUNG DER LEHRBEFUGNIS

- (1) Das gemäß Geschäftsordnung zuständige Rektoratsmitglied erlässt auf Grund des Beschlusses der Habitationskommission den Bescheid über den Antrag auf Erteilung der Lehrbefugnis. Gegen diesen Bescheid ist Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht zulässig.
- (2) Gleichzeitig trifft der_die Rektor_in unter Einbeziehung des_der zuständigen Dekan_in eine Entscheidung betreffend die Zuordnung des_der Privatdozent_in zu einer Organisationseinheit der Universität.
- (3) Das gemäß Geschäftsordnung zuständige Rektoratsmitglied hat einen Beschluss der Habitationskommission zurückzuverweisen, wenn wesentliche Grundsätze des Verfahrens verletzt wurden. In diesem Fall hat die Habitationskommission unter Bedachtnahme auf die Rechtsansicht des Rektorats neuerlich zu entscheiden und dabei die vom Rektorat aufgezeigten Verfahrensmängel zu beseitigen.
- (4) Durch die Erteilung der Lehrbefugnis (venia docendi) wird weder ein Arbeitsverhältnis begründet noch ein bestehendes Arbeitsverhältnis zur Universität verändert.
- (5) Der_Die Antragsteller_in hat das Recht nach Erteilung der Lehrbefugnis den Titel Privatdozentin oder Privatdozent zu führen.

§ 13 ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Vom Senat vor dem 01. November 2018 eingesetzte Habitationskommissionen führen das Verfahren nach den bis dahin geltenden Bestimmungen durch.